

Vorsicht Heuchler!

*Wer zeigen tut ein gute Straß
Und gehet selbst wo es ist naß
Der hat auf Weisheit einen Haß.*

So urteilte 1494 der Jurist Sebastian Brant in seinem „Narrenschiff“ über seine Zeitgenossen, die noch nicht einmal in Ansätzen den Ansprüchen genügten, die sie an andere stellten. Aber Wasser zu predigen und Wein zu trinken ist auch in unseren Tagen eine beliebte Übung. Die moralische Heuchelei erreichte unlängst einen Höhepunkt, als bekannt wurde, dass Radprofi Jan Ullrich in der Disko zwei Aufputschpillen geschluckt hat. Angesichts der entsetzten öffentlichen Reaktion hätte man glauben können, in einer Zeit der Prohibition inmitten von Antialkoholikern und Asketen zu leben. Aber selbst „unserer“ Führungspersonlichkeiten aus Politik und Wirtschaft frönen ihren gesellschaftlich tolerierten Lastern. Wir erinnern an die Interviews, die betrunkene Politiker mit glasigen Augen auf Opernbällen gaben.

Vor einigen Jahren besuchte der Strauß-Spezi Wiesheu pflichtgemäß das Münchner Oktoberfest, schickte zu vorgerückter Stunde seinen Fahrer in den Feierabend und setzte sich dann sturzbetrunken ans Steuer der gepanzerten Dienstlimousine. Mit dieser überrollte er dann auf der Autobahn regelrecht einen Fiat Kleinwagen, dessen

Fahrer, ein polnischer Rentner, sofort tot war. Wiesheu verschwand eine Zeitlang von der Bildfläche und ist heute - bayerischer Wirtschaftsminister (CSU).

Einen weiteren moralischen Markstein setzt der neue Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster. Er, der geradezu fanatisch

Druck auf Arbeitslose ausüben möchte und den Eindruck erwecken will, dass ein niedriges Lohnniveau Arbeit für alle schaffen würde, hat seine Schäfchen ins Trockene geholt. Sein Arbeitsvertrag garantiert ihm bei Verlust seines Arbeitsplatzes den Weiterbezug seines Jahresgehaltes von 250.000 • für die Dauer von fünf (!) Jahren. Da lässt sich trefflich bei einem Gläschen Champus schwadronieren, wie die Einkommens- und „Zumutbarkeitsgrenzen“ von Millionen Existenzen weiter in Richtung Abgrund gedrückt werden können.

Derart dickfellige Persönlichkeiten wie Gerster werden auch weiterhin ungeachtet des eigenen Beispiels in den Spiegel schauen können, ohne rot zu werden.

Klaus Weidner



Die faschistische NPD versuchte am 27. August, in Wiesbaden ihre menschenverachtende Hetze in der Öffentlichkeit darzubieten. Dafür durften die Nazis ihren Informationswagen sogar in der sonst so geheiligten Bannmeile um den Landtag aufschlagen. Doch sie erhielten eine Abfuhr wie anderswo in Hessen auch.



Lesen Sie ...

... auf den folgenden Seiten den Aufruf der DKP Wiesbaden zur Bundestagswahl: Gegen Stoiber, Westerwelle, Möllemann & Kumpaneil!

Stoiber und Westermölle verhindern SPD und Grünen die gelbe Karte zeigen PDS wählen!

DKP Wiesbaden zur Bundestagswahl 2002

Innerhalb einer Amtszeit an zwei Kriegen beteiligt zu sein, das ist für eine SPD-geführte Bundesregierung schon eine „reife Leistung“. Gleichzeitig bescherte sie mit einer „Rentenreform“ den Unternehmen eine langfristige Profitsteigerung durch Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung und den Arbeitern und Angestellten eine empfindliche Mehrbelas-

gesetzlichen Sozialversicherung auf Wunsch und im Sinne der Unternehmer weiter vorantreiben wird. In diesem Reigen von „Reformen“ darf natürlich der Abbau und die Einschränkung demokratischer Freiheits- und Freizügigkeitsrechte durch sogenannte Antiterrorgesetze nicht fehlen. Auch dabei präsentierte sich die

Bundesregierung als „konsequente“ Erbin der Kohlschen Politikdynastie.

Wie lassen sich solche Verhältnisse ändern? Die Wahl der etablierten Parteien bewirkt offensichtlich nichts Positives - zumindest nicht für die Mehrheit der abhängig Be-

chen, dem Angriff auf das Streikrecht und den Berufsverboten für Linke). Doch auch jene, die 1998 große Hoffnungen mit dem Regierungswechsel zu Schröder und Fischer verbanden, wurden enttäuscht, da SPD und Grüne zwar anfangs einige sozialpolitische und arbeitsrechtliche Korrekturen einleiteten, aber in Windeseile ins trübe Fahrwasser ihrer Vorgänger einschwenkten, um an die „Fleischtöpfe“ zu gelangen.

Wer die Verhältnisse ändern möchte, der muß also mehr tun, als bei einer Bundestagswahl sei-

Wie lassen sich die Verhältnisse ändern?

ne Stimme für eine der etablierten Parteien abzugeben. Veränderung kommt nur durch Bewegung, erst im Kopf, dann im Herzen, schließlich auf der Straße. Und je stärker der Druck von innen und unten kommt, desto eher sind die Regierenden davon zu „überzeugen“, daß von ihnen eine andere Politik erwartet wird. Nur so kann und wird es gelingen, Stoiber, Merz, Westerwelle und Möllemann zu verhindern, aber gleichzeitig SPD und Grüne zu zwingen, die unselige Traditionslinie der früheren CDU/CSU-FDP-Koalition zu verlassen.

Wie läßt sich der dazu nötige Druck entwickeln und entfalten?



zung. Darüber hinaus schickt sie sich an, die Langzeiterwerbslosen durch Arbeitsverpflichtung stärker als bisher in Billigjobs, also unter Tariflohn, zu drängen, während die Leistungen auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt werden sollen. Und die Pläne zur „Reform“ des Gesundheitswesens lassen befürchten, daß die SPD-Grünen-Koalition die Privatisierung und damit die schrittweise Zerschlagung auch dieses Bereichs der

beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen, StudentInnen und SchülerInnen; viel eher und in erster Linie für die Unternehmer, die Einkommensmillionäre und Vermögenden. Denn das demonstrieren CDU/CSU und FDP in sechzehn Regierungsjahren an zahlreichen politischen Entscheidungen (zum Beispiel bei der Privatisierung öffentlicher Dienste, der Senkung des Krankengeldes, mit Steuergeschenken an die Rei-

An sich ganz einfach, indem sich viele Menschen gleicher Meinung und ähnlicher Ziele zusammenschließen, sich dazu noch Verbündete suchen, die nicht wesentlich anders – und schon gar nicht reaktionär, faschistisch oder fremdenfeindlich – denken. Solche gibt's tatsächlich, beispielsweise in den Gewerkschaften, bei attac, der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, in der Friedensbewegung und in antifaschistischen Gruppen und Organisationen. Alle gemeinsam werden kaum zu überhören und zu übersehen sein, wenn sie die Straßen „bevölkern“, um ihren Unmut, ihren Ärger, ihren Protest, aber auch ihre Forderungen offen und öffentlich zu bekennen. Das geht heute noch in erster Linie an die Adresse der noch abseits Stehenden, um sie zur Solidarität, zum Mitmachen und Mitkämpfen zu bewegen. Das richtet sich aber natürlich gleichzeitig auch an die amtierende Bundesregierung.

Doch die Erfahrung zeigt, daß eine solch große, breite Bewegung ohne eine starke, engagier-

Wie entsteht der dazu nötige Druck?

te Linke nicht zu entwickeln ist. Hierin lagen die Erfolge der positiven Reformen und des demokratischen Aufbruchs in den 70er Jahren. Darin liegt die Perspektive für eine nachhaltige Veränderung – nicht im Jenseits, sondern im Hier und Jetzt. Daran wollen und werden die KommunistInnen mitarbeiten, ihre Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Darüber möchten sie mit all jenen diskutieren, streiten und einig werden, die eintreten für ein Mehr an Demokratie, ein Verbot faschistischer Organisationen, eine Ausweitung der Schutz- und Arbeitsrechte sowie anständige Einkommen für abhängig Beschäftigte wie Erwerbs-



lose, gegen Studiengebühren und gegen die geplante Gesundheitsreform, für eine qualifizierte Ausbildung in Schule, Beruf wie Universität und stabile, paritätisch finanzierte Sozialversicherungen, aber vor allem auch für die Verteidigung des Friedens, gegen jegliche Kriegseinsätze und Hochrüstung sowie für die Solidarität mit jenen Menschen, die unter der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Knute der NATO-Länder zu leiden haben.

Wer solche oder ähnliche Ziele für sich selbst anstrebt, für den und die kann es bei der Bundestagswahl eigentlich nur eine wählbare Alternative zu den etablierten Parteien geben: die PDS. Ihre Abgeordneten und Spitzenpolitiker machen sicher nicht alles richtig, sind in manchen Fragen nicht konsequent sozialistisch, möchten manchmal auch zu den Machern dieser Republik gehören. Das soll

nicht unter den Tisch fallen, auch daran sollen sie gemessen werden. Kritik an der PDS, wie beispielsweise im Zusammenhang mit ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin, aber auch Tendenzen einiger ihrer Politiker, hierfür Grundsätze über Bord zu werfen, wird dabei nicht vergessen, aber zurückgestellt.

Denn die PDS-Abgeordneten zeigten sich im Krieg gegen Jugoslawien wie gegen Afghanistan als engagierte Politikerinnen, die ihr Nein auch dann äußern, wenn andere mit der Faust in der Tasche ja sagen oder das übliche Kriegsgeheul anstimmen. Ohne die PDS wären die Kriegstreiber und -befürworter im Bundestag unter sich. Und auch dann, wenn es um neue Kriege geht – beispielsweise gegen den Irak. Das allein ist für die KommunistInnen ein überzeugender Grund für die Empfehlung:

**Geben Sie
bei der Bundestagswahl
die Zweitstimme der PDS!**

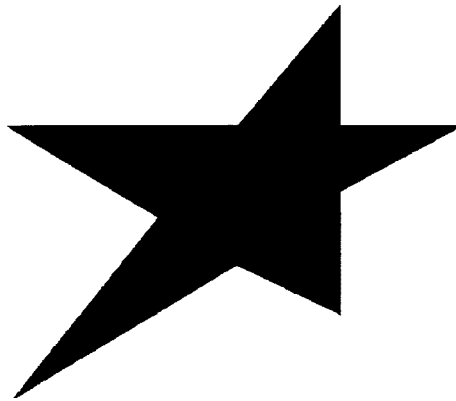
Gutes für unser Geld?

In meinem Schrank liegt ein Stapel Sportkleidung. Hosen, Shirts und Radkleidung von Adidas, Nike, Puma, Reebok etc. Bisher habe ich sie immer nur nach Passform, Aussehen und dem Preis ausgesucht. In Zukunft wird aber ein weiteres Kriterium eine Rolle spielen. Ich werde keine Sportsachen mehr von Firmen kaufen, von denen bekannt ist, dass sie ihre Waren unter ausbeuterischen und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen herstellen lassen.

Die Markenwaren sind bei uns ausgesprochen teuer. Die Arbeiterinnen (es handelt sich überwiegend um Frauen) die zum Beispiel die Sachen in El Salvador für Adidas herstellen, verdienen dagegen nur den staatlichen Mindestlohn (165 •), der nicht ausreicht, auch nur die Grundversorgung der Familien zu gewährleisten. Dafür werden die Frauen teilweise mit Schreien und Schlägen zu Höchstleistungen angetrieben und zu Überstunden gezwungen. Die Frauen müssen sich auf eigene Kosten in der Firmenklinik Schwangerschaftstest unterziehen. Bei Schwangerschaft fliegen sie raus. Untersuchungen des Trinkwassers der Frauen ergaben starke Verschmutzungen mit Bakterien. Sich zu organisieren ist verboten.

Auch in der indonesischen Fabrik, in der Nike herstellen lässt, wer-

den alle Versuche sich gewerkschaftlich zu organisieren, brutal unterdrückt. Aktivistinnen wurden verprügelt, misshandelt und bekamen Morddrohungen. Auch hier werden die Frauen besonders diskriminiert und gedemütigt. Laut Arbeitsgesetz haben sie das Recht, während ihrer Periode zwei Tage frei zu nehmen. Die wenigsten machen Gebrauch davon, da sie dies in der Firmenklinik durch Herunterlassen ihrer Hosen „beweisen“ müssen. In Indonesien beträgt der Mindestlohn 64 •. Auch



hier reicht er bei weitem nicht, die Familien zu ernähren.

Honduras fertigt für Puma. Hier wird die Dauer der Toilettenbesuche kontrolliert. Durch den hohen Arbeitsdruck kommt es häufig zu Arbeitsunfällen. Durch verschlossene Türen werden die Frauen zu Überstunden gezwungen. Auf schwangere Frauen wird keine Rücksicht genommen und bei den Schwangerschaftstest kommt es

häufig zu sexuellen Belästigungen. Usw. usw. usw.

Aber, die großen Sportartikelhersteller wie adidas geben jährlich 700 Millionen Euro für Werbung aus und erzielen einen Gewinn von über 200 Millionen Euro. Ein Star wie Oliver Kahn verdient im Monat 540.000 •. Ein Teil davon aus den Werbeverträgen mit diesen Unternehmen.

Die Firmen versuchen natürlich, Schaden von ihrem Image fernzuhalten und beteuern immer wieder Besserung. Adidas hat zum Beispiel einen Menschenrechtskontrollleur eingestellt, aber tatsächliche Verbesserung ist keine zu erkennen. Dabei liegt es alleine in der Hand der Firmen, die Zulieferer aus den verschiedenen Ländern zu Änderungen zu veranlassen.

Die Käufer haben das Sagen. Und da das so ist, hat sich auch in Deutschland 1996 eine Kampagne „saubere Kleidung“ gegründet. Kirchliche Organisationen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen arbeiten hier, bei CCC Clean Clothes Campaign, eng zusammen. Ich finde, wir sollten sie in ihrer Arbeit unterstützen und unseren Widerwillen gegen die Konzernstrategien namhafter Sportartikelhersteller so oft wie möglich zum Ausdruck bringen. Am besten natürlich durch demonstrativen „Nichtkauf“ ihrer Waren.

Gudrun

UZ unsere zeit
zeitung der DKP

Probelesen?!

CommPress Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Telefon 0201/2486482, Fax 0201/202467.
Oder: <http://unsere-zeit.de>

Standpunkt - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: jede ungerade Kalenderwoche donnerstags um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>